

BSW: Zurück in die Zukunft?

BSW ist seit Ende Januar eine Partei – mit vorerst streng begrenzter Mitgliedschaft. Alles ist straff nach dem top-down-Prinzip organisiert. Sahra Wagenknecht will diesmal – anders als bei »Aufstehen« – die Kontrolle behalten. BSW appelliert an die tiefe Unzufriedenheit bei einem großen Teil der Bevölkerung, an Abstiegsängste und Angst vor Veränderungen sowie den wachsenden Zorn auf die politische Klasse, die keine Ahnung habe, was sie bei »denen da unten« anrichtet. Immer mehr Menschen fühlten sich »politisch heimatlos«, so Wagenknecht in ihrer Parteitagsrede.

Dem stellt sie ausdrücklich keine linke Alternative entgegen – aber doch eine Opposition. Damit nimmt sie eine weit verbreitete Grundstimmung »gegen die da oben« auf. Das macht sie mit Themen, die derzeit viele bewegen: soziale Gerechtigkeit, Frieden und Antimilitarismus, Kritik an der Brüsseler Bürokratie, Klima- und Migrationspolitik. Das BSW will testen, ob der selbst verschuldete Bedeutungs- und Vertrauensverlust des Parteiestablishments Platz lässt für eine solche parlamentarische Oppositionskraft. Das zieht auch Linke an, die mit ihrer bisherigen Partei unzufrieden sind. Die Linkspartei wird sich fragen müssen, wie es kommen konnte, dass sie oftmals nicht als der dringend notwendige linke Gegenpol zur neoliberalen und unsozialen Krisenverwaltung wahrgenommen wurde.

Gegen Ungleichheit, für Gemeinwohl

Das Thema soziale Gerechtigkeit nimmt im Gründungsmanifests und den Parteitagsreden einen zentralen Platz ein. Wagenknecht skandalisiert in ihrer Parteitagsrede die neoliberalen Zumutungen und Verwerfungen, prangert Verarmung, Umverteilung von unten nach oben, Privatisierung und Prekarisierung an und nennt einen Katalog von sinnvollen sozialen Forderungen – wie sie auch von anderen linken Kräften und auch von der Linkspartei vertreten werden.

Der Rahmen allerdings, in den diese Forderungen eingebunden sind, ist dann doch ein BSW-Alleinstellungsmerkmal. Wenn es im Gründungsmanifest heißt, »[s]eit Jahren wächst in unserem Land die Ungleichheit«, so stimmt das zwar. Es scheint hier aber nichts mit Kapitalismus zu tun zu haben, der im BSW-Konzept gar nicht vorkommt. Verantwortlich für die Ungleichheit seien »Monopole«, »Großkonzerne«, »Lobbyisten«, »Trickser« und »Spieler«. Ihnen stehen insbesondere der hart arbeitende »Mittelstand« und Millionen hart arbeitender Menschen gegenüber. Hier wird dem »Mittelstand«, also der Gruppe kleiner und mittelgroßer Unternehmer, eine ähnliche Interessenlage zugeschrieben wie den Lohnabhängigen – wo doch gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen die Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten oftmals besonders prekär sind.

Das zentrale Thema beim BSW ist nicht der Klassenkonflikt zwischen Kapital und Arbeit, sondern »Ungleichheit«. Und die soll durch eine gerechtere Verteilung ausgeglichen werden. Die Grundlagen ihres Konzepts hat Wagenknecht bereits in ihrem Buch »Die Selbstgerechten« erläutert, teilweise schon in ihren früheren Büchern »Freiheit statt Kapitalismus« und »Reichtum ohne Gier«. Im Sinne des Ordoliberalismus Ludwig Erhardts plädiert sie in Anlehnung an die alte Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre für ein national geprägtes Gesellschaftsmodell, das Wettbewerb und Leistung kenne und honoriere – nach zwei Seiten. Es müsse für einen »starken Mittelstand« und zugleich für »sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze« gesorgt werden. Dass diese zwei Seiten in Konflikt zueinander geraten können, bleibt unerwähnt. Stattdessen gibt es positive Bezüge auf die »Sozialpartnerschaft« der alten BRD, so etwa in jüngeren Verlautbarungen von Thomas Geisel und Fabio de Masi. Das sind sozialromantische Mythen einer vermeintlich besseren Vergangenheit, die es so jedoch nie gab.

»Die Politik« solle »wieder am Gemeinwohl« ausgerichtet werden (als ob sie das schon einmal gewesen wäre). Diese eher diffuse Zielstellung wird garniert mit dem Wunsch, es solle dem »Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts« entgegengewirkt werden – eine Phrase aus der »gesellschaftlichen Mitte«, die auch Scholz, Steinmeier und Merz verbreiten.

Mehr soziale Gerechtigkeit gibt es aber nicht zum Nulltarif. Wer trägt die Kosten, wenn nicht nur der »Mittelstand«, sondern auch die »deutsche Industrie« gefördert werden müssen, weil sie »das Rückgrat unseres Wohlstands« seien, es zugleich aber auch faire und gut bezahlte Arbeit für die unteren Millionen geben müsse und wenn die Eigentumsverhältnisse unangestastet bleiben sollen? Hier signalisiert das BSW entgegen seiner Anti-Establishment-Rhetorik der politischen Klasse Kooperationsbereitschaft. Es bleibt völlig unklar, wie für Umverteilungsprojekte Mehrheiten gefunden werden sollen. Umverteilung soll im Übrigen auch nicht allen von sozialer Ungleichheit betroffenen Menschen zugutekommen; etwa wenn Wagenknecht Sanktionen beim Bürgergeld unterstützt oder die Kosten für Geflüchtete mit dem Einkommen von Rentner:innen vergleicht.

Staat und Parlament sollen es richten

Insgesamt überwiegt die Vorstellung einer Stellvertreterpolitik, die sich für die fleißige, aber leidende und passive Mehrheit einsetzt. Die Lohnabhängigen sind nicht Subjekt, sondern Objekt in diesem Konzept. Positive Bezüge auf betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe oder auf die Aktivitäten der sozialen Bewegungen tauchen beim BSW nicht auf. Adressiert werden nicht die Lohnabhängigen als handlungsfähige Klasse, sondern Parlamente und Politik: »Es braucht verlässliche Politiker, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen«, heißt es im »Gründungsmanifest«.

Der Gedanke, dass politische Kerne mit den Lohnabhängigen in den Betrieben, mit den Gewerkschaften und mit anderen sozialen Bewegungen in der

Gesellschaft die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern, dass es darum geht, nicht bloß *für sie*, sondern *mit ihnen* zu streiten und zu kämpfen, fehlt ganz. Gefragt sind die Angerufenen nur als Wähler:innen (und Spender:innen). Um ihnen zu »helfen«, muss BSW in die Parlamente und dort für eine bessere Politik sorgen. Diese Stellvertreterpolitik macht sich abhängig von der medialen Aufmerksamkeit und von eventuellen parlamentarischen Koalitionsexperimenten.

Ein Platz in der Wählergunst?

Da die etablierten Parteien aus der Perspektive des BSW zu einem Engagement für das Gemeinwohl nicht in der Lage sind, braucht es eine Nicht-Establishment-Partei. Gäbe es dafür einen Platz im Parteiensystem? Die Parteigründerin selbst sieht das so: »Wir streben an, mittelfristig eine Volkspartei zu werden«, wird sie in der Süddeutschen Zeitung zitiert. Die Rolle, die man ihr zutraut, ist die: Wenn für die bisherigen Koalitionsparteien weiter kein Zusammengehen mit der AfD in Betracht kommt und die Linkspartei ein eher ungeliebter und zu schwacher Partner ist, könnte dem BSW – ausreichende Stimmenanteile vorausgesetzt – eine wichtige Rolle zufallen.

Woher könnten diese Stimmenanteile kommen? Dazu lässt sich derzeit nur spekulieren. Jedenfalls winkt das BSW mit seinen Positionen in verschiedene Richtungen, wo politisch Heimatlose vermutet werden: Bei einem Teil der AfD-Wähler:innen, beim rechten Rand der SPD, bei unzufriedenen Wähler:innen der Linken und beim großen Lager der Nichtwählenden.

Hier kommt das Verhältnis des BSW zur AfD ins Spiel. Eine »AfD light«, wie manchmal gemutmaßt wird, will das BSW nicht sein und ist es auch nicht. Dennoch bleibt sein Verhältnis zur AfD merkwürdig unbestimmt. Die AfD scheint mehr Konkurrent zu sein als Gegner. Denn der eigentliche Gegner ist der grüne Lifestyle-Linksliberalismus, der die Lohnabhängigen der AfD in die Arme getrieben habe. Mit den großen Demos und Kundgebungen gegen Rechts vom Januar und Februar fremdelte das BSW auffallend und hielt sich abseits. Die Rechtsentwicklung – daran lassen auch Wagenknechts Bücher keinen Zweifel – sei eigentlich keine. Dementsprechend bekämpften die Demonstrationen lediglich ein Symptom, nicht die Ursache der hohen Umfragewerte für die AfD, behauptete sie bei »Hart aber Fair« Ende Januar. Wer die AfD wirksam zurückdrängen wolle, erklärte sie den Hundertausenden auf den Straßen vom Rednerpult des zeitgleich stattfindenden Parteitags, sollte lieber für soziale Forderungen demonstrieren. Denn der Aufschwung der AfD sei ein Ergebnis der unsozialen Ampel-Politik. Ohne Frage ist es auch tatsächlicher oder befürchteter sozialer Abstieg, der die AfD stark macht. Aber da ist auch ein wachsender Anteil antidemokratischer, rassistischer, antisemitischer und auch direkt faschistischer Einstellungen. Anders als Wagenknecht hat das die Schriftstellerin Daniela Dahn in ihrer Rede auf dem Parteitag durchaus thematisiert: Sie forderte vom BSW ein Engagement gegen Rassismus und für Antifaschismus.

Themen und Randthemen

Für ein wirksames Oppositionsprogramm braucht es mehr als sozialpolitische Forderungen. Es war v.a. noch das Thema Krieg-Frieden-Abrüstung, das das BSW auf dem Parteitag stark in den Vordergrund stellte. Abrüstung, gemeinsame Sicherheit im Sinne von Willy Brandt und Gorbatschow, »Nein« zu Rüstungsexporten und aktiver Beteiligung an militärischen Konflikten, »Nein« zu den geopolitischen Ambitionen der USA und »Ja« zu einem »defensiv ausgerichteten« europäischen Verteidigungsbündnis – das sind Forderungen, die einem verbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefahr und Verschwendung von Unsummen für Rüstung entgegenkommen.

Waffen an die Ukraine zu liefern, sein ein »Irrweg«, erklärte Wagenknecht auf dem Parteitag unter großem Beifall. Militärisch könne die Ukraine diesen Krieg ohnehin nicht gewinnen. Lieber solle man alle Energien für eine Verhandlungslösung mobilisieren. Die Mitverantwortung Russlands für den anhaltenden Krieg erwähnte sie auf dem Parteitag mit keinem Wort.

Für Themen wie Migration und Klimakrise hat die neue Partei bisher wenig Aufmerksamkeit übrig. Die Klimakrise ist ihr kaum mehr als eine Randbemerkung wert. »Blinder Aktivismus und undurchdachte Maßnahmen« hülften dem Klimaschutz nicht, meint sie. Sie schadenen der Wirtschaft und machten das Leben für die Menschen teurer. Was wäre jedoch die Lösung für diese zentrale Zukunftsaufgabe? Da findet sich beim BSW außer dem knappen Stichwort »innovative Schlüsseltechnologien« nur eine Leerstelle. Jedenfalls, so hieß es in verschiedenen Beiträgen auf dem Parteitag, dürfe das nicht zur Absage an Kohlekraftwerke und Verbrennungsmotoren führen.

Ähnlich widersprüchlich präsentiert sich das BSW in der Migrationspolitik. Wagenknecht verurteilte die Remigrationspläne aus dem Umfeld der AfD (wie sie die Correctiv-Gruppe ans Tageslicht gebracht hatte), verband dies aber mit der Feststellung, Zuwanderung müsse »begrenzt« bleiben und dürfe »unser Land und seine Infrastruktur« nicht überfordern; so lautet es im »Gründungsmanifest«. Es entstehe sonst ein verschärfter Konkurrenzkampf um soziale Leistungen, was zu Lasten derjenigen ginge, die nicht »auf der Sonnenseite des Lebens« stehen. »Dass man die Migrationszahlen reduzieren muss, das sieht doch inzwischen jeder«, ließ Wagenknecht in einem Zeitungsinterview wissen. An dieser Stelle hätte sie aber auch auf die großen Vermögen und die Gewinne der Großkonzerne verweisen können, die von Seiten des Staates für die in Finanzierungsnotwendigkeiten steckenden Kommunen unbedingt herangezogen werden müssten. Das BSW verzichtet hier darauf, für die wirklich sehr große finanzielle Notlage der Kommunen konkrete Alternativen vorzuschlagen. Das ist nicht nur eine Frage der unteilbaren Menschenrechte. Es ist in Zeiten des Fachkräftemangels auch eine praktische Forderung – nämlich dass die großen Konzerne, die finanziell gut dastehen, an der Integration der Migrant:innen finanziell beteiligt werden müssen. Das sagte Wagenknecht aber nicht. Sie sagte stattdessen: Um Überforderung und Konkurrenz zu mindern, müsse notfalls auch abgeschoben werden.

Wagenknecht versucht sich an der unlösbaren Aufgabe, zwischen politisch Verfolgten und »Wirtschaftsflüchtlingen« eine klare Trennlinie zu ziehen. Die einen hätten ein Recht auf Asyl, die anderen nicht. Es müssten »Rückführungen« derer verstärkt werden, »die kein Bleiberecht in Deutschland haben«, meint Amira Mohamed Ali. Dem fügt sie hinzu: Abschiebungen alleine könnten das »Migrationsproblem nicht lösen«, sondern die Fluchtursachen müssten bekämpft werden. Da ist was dran, aber das wäre eine Aufgabe für Jahrzehnte, selbst dann, wenn es ernsthaft versucht würde. Und niemand, auch nicht beim BSW, hat den geringsten realistischen Plan, wie Zuwanderung »begrenzt« werden könnte, ohne meterhohe Mauern und Zäune zu errichten und ohne elementare Menschenrechte zu verletzen. So landet das BSW nach allen opportunistischen Zugeständnissen an den migrations-skeptischen Zeitgeist bei einer Position, die zwar nicht nach »AfD light«, aber verdächtig nach »Ampel light« aussieht.

Viele derjenigen, die derzeit unzufrieden und irgendwie auf Opposition gebürstet sind, werden das dem BSW wahrscheinlich nicht übelnehmen, wenn nur die sozialen und auf Friedenspolitik zielenden Forderungen »stimmen«. Soweit heute erkennbar, könnte das BSW im Parteiensystem eine Lücke besetzen, die solchen oppositionellen Stimmungen jenseits von AfD und Stimmenthaltung eine Wahloption bietet. Ob Wagenknechts Konzept einer Opposition quer zu links und rechts aufgeht, kann heute niemand vorhersagen. Viele der linken Aktiven, die derzeit nach dem Rettungsanker BSW greifen, werden mittelfristig vielleicht auch wieder linke Optionen eröffnen, vielleicht auch für eine neue außerparlamentarische Dynamik. Bis auf Weiteres sind das für linke Politik im Lande jedoch eher düstere Aussichten.